

# iFijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 522

Mittwoch, 14. November 2012

19. Jahrgang

### „Wer sich jetzt zurückzieht, ist Komplize der Regierung“

#### Teil 2: Zukunftspläne und Rückzug internationaler Unterstützung

Im ersten Teil des Interviews mit dem Direktor von ADIVIMA, Juan de Dios García, das im letzten Heft Titelgeschichte war, wurde die Geschichte des Wasserkraftwerks Chixoy und die damit zusammenhängenden Massaker in Rio Negro in Erinnerung gerufen. Ebenfalls wurden die zwei parallelen Wege, die die Opfer und ihre juristischen Unterstützer seit her verfolgt hatten, erläutert: Zum einen die strafrechtliche Aufarbeitung der Massaker, die zur Verurteilung von Mitgliedern der Zivilpatrouillen führte, aber die Befehlshaber in hohen Militärrängen nicht belangten. Zum anderen die zivilrechtliche Aufarbeitung, also der Streit um eine Entschädigung durch das staatliche Energieunternehmen INDE.

Im zweiten Teil geht es um die Zukunftspläne und den Rückzug internationaler Unterstützung, z.B. durch das Schweizer Hilfswerk HEKS. Das Interview führte Barbara Müller Ende September 2012 in Zürich.

#### Zur Erinnerung: Die Verhandlungen über Entschädigungen mit der Regierung Colom

##### Und der Fall Chixoy?

(...) Wir starteten die Verhandlungen am runden Tisch mit dem damaligen Vizepräsidenten Eduardo Stein, und mit dem Regierungswechsel und der Machtübernahme von Alvaro Colom übernahm dessen Vizepräsident Rafael Espada das Geschäft. Es wurde ein detaillierter Bericht erstellt über die Schäden, welche die 33 Gemeinden durch den Bau des Wasserkraftwerks erlitten. Im Jahr 2009 akzeptierte, unterzeichnete und ratifizierte Präsident Colom diesen Bericht und die darin aufgeführten Menschenrechtsverletzungen und verpflichtete sich zur Wiedergutmachung. Auch wenn nicht alle unsere Forderungen aufgenommen wurden, möchte ich betonen, dass dieser runden Tisch sehr wichtig war, denn er stellte einen Präzedenzfall dar. Moderiert wurde er von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), und wir luden auch die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank, den Sonderbeauftragten für Menschenrechte der UNO und verschiedene Botschaften, darunter jene der Schweiz, ein, als Beobachter dabei zu sein.

##### Nahmen sie teil?

Sie nahmen teil. Und sie alle unterzeichneten den oben erwähnten Bericht. Danach wurde ein Wiedergutmachungsplan erarbeitet, der im April 2010 fertiggestellt war. Er enthält fünf Massnahmen: Würdigung, Rehabilitierung, Wiederherstellung, ökonomische Entschädigung und Nichtwiederholung.

##### Wurden konkrete Zahlen genannt?

Man sprach von 74 Caballerías Land (= 33qkm), die zurückgegeben werden sollten, von den archäologischen Stätten und den heiligen Orten, die überschwemmt wurden, davon, die wie Quellen und Wasserläufe geschützt werden sollten, von neuen Häusern, von Bewegungsfreiheit, denn bis zum heutigen Tag können wir nicht ohne Erlaubnis des Eletrizitätswerks INDE unsere ehemalige Gemeinde Río Negro besuchen, wo nach wie vor zwölf Familien leben und wo all unsere Toten begraben sind.

#### Inhaltsverzeichnis

„Wer sich jetzt zurückzieht, ist Komplize der Regierung“ .....1

Teil 2: Zukunftspläne und Rückzug internationaler Unterstützung.....1

Erdbeben im Süden Guatemalas: Mindestens 42 Tote zu beklagen!4

Katastrophenschutzpläne und Bauvorschriften.....5

Man sprach von einer Brücke, die über den Stausee führen sollte, denn auf der gegenüberliegenden Seite liegen 14 Gemeinden. Und man sprach von einer Wiedergutmachungssumme von 1'400 Mio. Quetzales (ca. 175 Mio. US-\$) für die 33 Gemeinden.

Aber um all das umzusetzen, braucht es politischen Willen, es braucht ein entsprechendes Gesetz oder einen Regierungsdekret. Und daran mangelt es, seit 2010 der Wiedergutmachungsplan unterzeichnet wurde. Und obwohl der Kongress fürs Jahr 2011 eine erste Tranche von 70 Mio. Quetzales ins Budget aufgenommen hatte, konnten sie mangels Dekret nicht ausbezahlt werden. Das Geld hätte uns über COPREDEH ausbezahlt werden müssen, gemäss Finanzministerium bekamen diese den Betrag auch, keine Ahnung, was damit geschah, zu uns kam es jedenfalls nicht.

Das ist der aktuelle Stand, es ging die Regierung Colom, und es kam die Regierung von Otto Pérez Molina. Um uns nicht zu sehr zu verausgaben, verlangen wir jetzt von der OAS, ihre Rolle als Mediatorin des Prozesses ernst zu nehmen, einzuschreiten und der Regierung naheulegen, ihre Versprechen einzuhalten. Wir haben auch die Botschaften, die den Prozess begleitet haben, aufgefordert, zu intervenieren. Deshalb sagte ich vorher, dass die Schweizer Botschaft, unabhängig davon, was die Schweiz früher für eine Rolle in dieser Sache gespielt hat, ein wichtiger Partner ist.

### **Und was hat die Schweizer Botschaft gemacht?**

Ehrlich gesagt ... sie sagten, dass sie interveniert hätten. Aber in welcher Form, weiss ich nicht. Aber unabhängig davon, die Schweizer Botschaft, zusammen mit der norwegischen, war für uns wichtig bei der Suche nach Gerechtigkeit. Nun wird der norwegische Botschafter ausgewechselt, und wir wissen nicht, wie es weitergeht. Und die Schweizer Botschaft wird ganz geschlossen ... Für uns ist das ein harter Schlag. Es geht nicht so sehr um finanzielle Unterstützung, sondern um die politische. Der Rückzug der Schweiz macht uns traurig, und wir fühlen uns schutzlos. Wir akzeptieren den Entscheid der Schweizer Regierung, sie kann sich physisch zurückziehen, aber sie soll doch bitte die Programme weiter laufen lassen! Für die Gemeinden, die heute in Guatemala für Gerechtigkeit kämpfen, hinterlässt der Abzug der Entwicklungszusammenarbeit und der diplomatischen Vertretungen ein grosses Vakuum. Wer in unserem Land gegen dieses Monstrum aus wirtschaftlicher und politischer Macht kämpft, braucht die Unterstützung von aussen.

Auch das Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz HEKS, ein wichtiger Schweizer Partner in der Entwicklungszusammenarbeit mit Guatemala, beendet seine Projekte auf 2014. Ist eure Arbeit davon auch betroffen?

Es ist nicht nur das HEKS, sondern verschiedene europäische Entwicklungsorganisationen, die sich aus Guatemala zurückziehen, z. B. auch Holland und Schweden. Selbstverständlich betrifft uns das! Das HEKS hat historisch eine sehr wichtige Rolle eingenommen, es hat an der Basis gearbeitet und denjenigen zu einer Stimme verholfen, die sonst keine haben. Mit dem Rückzug vom HEKS werden diese Leute wieder zum Schweigen gebracht. Es ist traurig, schwierig und bedauerlich, dass das HEKS geht. Ich sage das, obwohl ADIVIMA schon seit einem Jahr keine finanzielle Unterstützung mehr von HEKS bekommt, aber es gibt -zig andere Basisorganisationen und Gemeinden, die Hilfe nötig haben. Wir können allen guten Willen der Welt aufbringen und uns noch so sehr anstrengen, um unsere Rechte einzufordern, aber machen wir uns nichts vor: für all dieses Engagement und diese Arbeit braucht es Geld.

### **Wenn du morgen die Gelegenheit hättest, mit Ueli Locher, dem Direktor vom HEKS zu sprechen, was würdest du ihm sagen?**

Ich würde ihn bitten, die Sache nochmals zu überdenken und zu analysieren. Er begeht einen grossen Fehler. Mit einer repressiven Regierung, wie wir sie heute haben, die mit harter Hand gegen die sozialen Bewegungen vorgeht und AktivistInnen bedroht und verfolgt – illegalerweise – ist der Verlust dieser politischen und finanziellen Unterstützung für die Gemeinden ein Desaster. Die Mächtigen dieses Landes haben mit allen Mitteln dafür gesorgt, die Entwicklungszusammenarbeit und die Solidaritätsgruppen zu diffamieren, welche die sozialen Bewegungen unterstützen, und wer sich in einem solchen Moment zurückzieht, wird zum Komplizen jener mächtigen Gruppen. Mit Verlaub, aber so sehe ich das.

### **Werfen wir einen Blick in die Zukunft: Welche Entwicklungen sind in den beiden Fällen Río Negro und Chixoy zu erwarten?**

Im Falle des Massakers von Río Negro warten wir auf das Urteil des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichts. Wir gehen davon aus, dass es vom guatemaltekischen Staat verlangt wird, die Verantwortlichen zu bestrafen und dass dann der Prozess im Land selber weitergeführt wird. Unsere Aufgabe wird dann sein, einzufordern, dass das Urteil umgesetzt wird. Wer wird uns dabei helfen? Neben Río Negro und Chixoy führen wir noch drei weitere Klagen – was wird mit diesen Fällen geschehen, wenn wir keine Unterstützung haben? Was passiert jetzt, wo diese Fälle – zum Glück! – von den Departements- in die Hauptstadtgerichte übertragen wurden? Wir sind natürlich froh, dass sie eine Instanz höher behandelt werden, aber für uns hat das zur Folge, dass wir mehr investieren müssen. Wie bringen wir all die Leute, die Zeuginnen, die AugenzeugInnen zu den Gerichten in der Hauptstadt? Wir können ihr Leben doch nicht aufs Spiel setzen, indem wir sie in einen öffentlichen Bus setzen! Wir sind im Besitz eines Mini-Buses für fünfzehn Personen, aber der

reicht nicht aus, um all die Leute zu transportieren, die wir jeweils in die Hauptstadt zu den Gerichten bringen müssen. Mir ist es egal, wenn ich zu Fuss nach Guatemala gehen muss, aber es geht um das Leben der ZeugInnen. Sie stellen heute ihr Leben aufs Spiel, damit die ganze Sache aufgeklärt und endlich Gerechtigkeit gesprochen wird. Und damit in Zukunft die Grundrechte der Menschen nicht mehr verletzt werden.

Das ist nur ein kleines Beispiel der Auswirkung des Rückzugs der Entwicklungszusammenarbeit. Höchstwahrscheinlich sind sich die Geldgeber, ist sich der Direktor vom HEKS gar nicht bewusst, an was für Kleinigkeiten bei uns die jahrelangen Mühen scheitern können. Es sind kleine Dinge, kleine Schritte für uns, aber sie sind fundamental. Was nützt uns ein Urteil des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes, wenn wir die ZeugInnen nicht zu den Verhandlungen fahren können? Oder wenn sie auf dem Hinweg umgebracht werden? Das sind die Sorgen, die uns zermürben. Und – ich wiederhole mich – wer uns da die bisher gegebene Unterstützung verweigert, wird zum Komplizen des Systems, wird zum Alliierten des Unternehmertums, der Menschenrechtsverletzer.

### **Wie geht es weiter im Fall Chixoy?**

Auch im Fall Chixoy machen wir weiter. Im Oktober soll es zum ersten Mal ein Treffen mit der neuen Regierung geben, die sich bisher geweigert hat, sich mit uns zu treffen. Die OAS hat meines Wissens bereits interveniert und die Regierung auf den aktuellen Stand gebracht, denn diese behauptete, nirgendwo ein Abkommen zu finden. Wir wollen damit nichts mehr zu tun haben, es ist alles verhandelt, was es zu verhandeln gibt, jetzt geht es um die Einhaltung der ausgehandelten Abmachungen. Und wenn das Oktober-Treffen nicht zustande kommt, werden wir im Januar 2013 den Fall vor das interamerikanische Menschenrechtssystem tragen. Und wir werden eine Anklage gegen den Präsidenten einreichen wegen Nicht-Erfüllung der unterzeichneten Abmachungen. Auch das tönt nach guten Ideen und hehren Plänen – aber es braucht Geld dazu. Da können ein Juan de Dios oder unsere Anwälte, unsere Beraterinnen und alle, die uns innerhalb der Organisation unterstützen, noch so viel Engagement reinstecken, ohne Geld läuft nichts.

### **Habt ihr auch schon daran gedacht, eine Klage gegen die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank oder die damals beteiligten Schweizer Banken einzureichen?**

Das muss genau überlegt sein, denn es ist noch eine Kiste grösser als das, was wir bereits machen. Die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank haben ihren Sitz in Washington. Das ist noch ein bisschen weiter weg als Guatemala Stadt, und es braucht nicht nur einen Bus, sondern ein Flugzeug, um die ZeugInnen hinzubringen ... Ausserdem müssten wir nordamerikanische AnwältInnen finden, die bereit sind, den Fall führen.

### **Gibt es in diesen Fällen auch so etwas wie Verjährung?**

Keine Ahnung. Wir haben uns bisher noch nie an solch dicke Fische gewagt. Ich kenne das multinationale Rechtssystem dieser Institutionen nicht. Aber wir würden ihnen schon gerne eine Ohrfeige austeilen. Denn wir vermuten, dass die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank Druck auf die guatemalteckische Regierung ausgeübt haben, damit diese das erwähnte notwendige Gesetz für die Umsetzung des Entschädigungsplans nicht erlassen. Und zwar mit der Drohung, dass es keine weiteren Darlehen für Guatemala mehr gibt.

### **Aber heutzutage gehen die Darlehen ja nicht mehr ausschliesslich an den Staat, sondern auch an Unternehmen. Es ist ja auch die Weltbank, die das Darlehen gegeben hat, damit die kanadische Goldcorp die Mine Marlin vorantreiben konnte...**

Das stimmt. Eigentlich würden wir gerne eine Zivilklage gegen diese Banken einreichen. In den USA gibt es Anwälte, die auf Provisionsbasis arbeiten. Aber wenn sie einen so aussichtslosen Fall wie den unseren sehen, steigen sie schon gar nicht darauf ein. Auch in diesem Fall würden wir uns wünschen, genug Geld zu haben, um jemanden mit dem Fall zu beauftragen (und bezahlen zu können), unabhängig davon, ob wir den Prozess gewinnen oder nicht. Dies wäre für uns politisch extrem wichtig, um einen Präzedenzfall zu schaffen. Nur so können wir dem wildwüchsigen Wahnsinn dieser Institutionen etwas entgegensetzen.

### **Und in der Zwischenzeit sterben die ZeugInnen ...**

Das ist ein grosses Risiko, denn viele von ihnen sind schon alt. Und das Schlimme ist: sie konnten ihr Leben nie leben. Man hat ihnen diese Möglichkeit, dieses Recht zerstört. Und das Allerschlimmste ist, dass die Enkel dieser Menschen heute in den miserablen urbanen Siedlungen leben und Leim sniffen. Weshalb? Weil sie nichts zu essen und keine Lebensperspektive haben. Oft sperren die Eltern ihre Kinder zur Mittagessenszeit ein, damit sie nicht mitbekommen, dass die Nachbarkinder etwas zu essen bekommen. Und was? Tortilla mit Salz. Früher hatten diese Leute Land, mit dem sie sich selber versorgen und zusätzlich etwas von der Ernte verkaufen konnten. Die Leute lebten von der Landwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei ... und heute leben auf engstem Raum zwei bis drei Familien in einem Haus in einer sol-

chen Siedlung. Sie waren Bauern, heute müssen sie als Hilfsarbeiter auf dem Bau oder als temporäre Arbeitskräfte auf den Zucker- oder Kaffeeplantagen an der Küste arbeiten. Und die Frauen mussten ihre Tracht ausziehen und westliche Kleidung tragen, damit sie als Haushaltshilfen bei den nicht-Indigenas arbeiten können.

Am runden Tisch mit der Regierung verkaufte das INDE dies als „Fortschritt“: Die Männer müssen nicht mehr harte Landarbeit machen und die Frauen haben endlich Lohnarbeit. Das ist unsere Realität. Noch Fragen?

**Nein. Aber vielen Dank für deine Antworten!**

## **Erdbeben im Süden Guatemalas: Mindestens 42 Tote zu beklagen!**

**Guatemala, 11. November 2012** Ein Erdbeben der Stärke 7,2 auf der Richterskala hat am 6. November gegen 10.35 Uhr einen grossen Teil Guatemalas erschüttert. Zunächst gab der Leiter des Nationalen Instituts für Seismologie und Vulkanologie, Eddy Sánchez an, dass das Epizentrum des Bebens sich nahe der Pazifikküste von Retalhuleu befunden habe. Allerdings waren die schlimmsten Schäden in den westlichen und nordwestlichen Departments San Marcos, Quetzaltenango, Quiché und Huehuetenango zu beklagen. In San Marcos wurden mehrere Polizeistationen, Schulen und Krankenhäuser komplett zerstört. Betroffen waren auch die Retalhuleu, Sololá und Totonicapán, wo ebenfalls der Notstand ausgerufen wurde. Eddy Sánchez erklärte, dass es sich um das stärkste Erdbeben seit dem mit einer Stärke von 7,6 auf der Richterskala von 1976 handelte, bei dem damals mehr als 20.000 Menschen starben.

Nachdem die Regierung zunächst von 52 Toten ausgegangen war, korrigierte sie diese Zahl nach Angaben von Latina Press am 10. November auf 42. Mindestens 200 Personen wurden verletzt. Insgesamt leben 1,3 Millionen Menschen (knapp 10 % der Gesamtbevölkerung) in den von der Naturkatastrophe betroffenen Gebieten.

Nach einem ersten offiziellen Bericht über die Schäden durch die Erdbeben (Stand: 11.11., 16 h) wurden laut Prensa Libre folgende Zahlen genannt: 18.755 Personen in acht Departments mussten evakuiert werden, 7.218 mussten in provisorischen Unterkünften untergebracht werden. 2.627 Häuser wurden schwer beschädigt, 524 Häuser stehen vor einem Einsturz, 3.374 haben mittelschwere Schäden, 2.879 leichtere Schäden davon getragen. Insgesamt wurden 1,3 Millionen Bewohner betroffen, 20.362 erlitten in irgend einer Art Schäden. Die Zahl der Toten liege bei 42, davon 29 in San Marcos, 11 in Quetzaltenango und einer in Sololá. 175 Menschen wurden verletzt.

Präsident Otto Pérez Molina erklärte den Notstand und begann mit den in der Nationalen Koordination zur Reduzierung von Katastrophen (CONRED) involvierten MinisterInnen die Lage zu erkunden und die Schäden an Mensch und Infrastruktur zu bilanzieren. Alle sonstigen politischen Angelegenheiten wurden auf Eis gelegt, eine dreitägige Staats Trauer ausgerufen. Auch wurde um internationalen Beistand gebeten, den Mexiko, Venezuela, Taiwan und die USA als erste Staaten zusagten. Venezuela schickte am 10. November etwa 50 Tonnen Medikamenten und Nahrungsmittel nach Guatemala. Die Hilfen Venezuelas würden aufrecht erhalten, "bis wir Resultate in den betroffenen Regionen sehen", sagte die Vize-Aussenministerin Verónica Guerrero.

Am Sonntag, den 11. November kam es erneut zu einem heftigen Erdbeben von 6,2 auf der Richterskala. Das Epizentrum der Erschütterung lag 24 km west-südwestlich von Champerico, 39 km süd-südöstlich von Suchiate, Mexiko, 50 km südlich von Ciudad Tecun Uman und 58 km südwestlich von Flores Costa Cuca. Über das Ausmass der Schäden ist noch nichts bekannt. Während des erneuten Erdbebens musste, wie lokale Medien berichteten, Präsident Otto Pérez Molina eine Pressekonferenz unterbrechen, bei der er über die Hilfe für die Erdbebenopfer der vergangenen Woche berichtete. Auch am Sonntag rannten die Menschen in der Stadt San Marcos, die in der vergangenen Woche am stärksten betroffen war, in Panik auf die Strassen, wie die Zeitung *Prensa Libre* berichtete. Das Beben war nach Medienberichten im ganzen Land zu spüren. Nach ersten Berichten kam es in den Bergen der Region zu Erdrutschen. Eddy Sánchez befürchtete gegenüber einem Radiosender, dass die seismische Aktivität noch wochenlang anhalten könnten.

Ein bezeichnendes Licht auf die Spiritualität guatemalteker PolitikerInnen wirft die in Prensa Libre erwähnte Tatsache, dass Präsident Molina für diese Woche zwar die Teilnahme am Ibero-Amerikanischen Gipfel, der am 16./17.11. in Cadix (Spanien) stattfinden wird, absagte, aber gleichwohl am 15.11. zur Papstaudienz in den Vatikan reisen wird, damit dieser „für die Menschen in Guatemala bete“. Auch wolle er Benedikt XVI darum bitten, im August kommenden Jahres nach Guatemala zu kommen.

Quellen: El Universal (Mexiko), Latina Press, Amerika21, Süddeutsche Zeitung, Tagesspiegel, Prensa Libre

## Katastrophenschutzpläne und Bauvorschriften

**Guatemala, 12. November 2012** Naturkatastrophen, wie sie Guatemala in der letzten Woche gleich zweimal erschüttert haben, provozieren immer wieder auch die Frage nach den Katastrophenschutzplänen auf der einen Seite und den Bauvorschriften für Behausungen auf der anderen Seite. Während die ersten die Reaktionsfähigkeit und Koordination von Hilfen betrifft, dienen die zweiten der Vorsorge von Schäden.

In einer Meldung in den deutschen Medien wird das jetzige Erdbeben in Guatemala mit dem in Haiti im Januar 2011 verglichen. Die Stärke des Bebens sei vergleichbar gewesen, aber während die Schäden in Guatemala noch vergleichsweise erträglich seien, starben in Haiti Hunderttausende Menschen. Dies habe – so heisst es dort weiter – auch damit zu tun, dass Guatemala nach den Erfahrungen des Erdbebens von 1976 seine Katastrophenschutzpläne verbessert habe. Gleiches gelte auch für die Qualität, d.h. Erdbebensicherheit der Häuser.

Gleichwohl sehen das einige ExpertInnen in Guatemala ganz anders, wie ein Bericht von Prensa Libre vermeldet. In dem Artikel von Billl Barreto heisst es:

### Fehlende Kontrolle

„Es gibt keine Bauvorschrift, die für das ganze Land gelten“, sagt Luis Álvarez Valencia, Vizepräsident des Instituts für Zement und Beton in Guatemala (ICCG), zugleich Mitglied der Guatemalteken Vereinigung für Erdbebensicheres Bauwesen (Agies). Der Ingenieur sieht zwei grundlegende Probleme, die die jüngsten Erdbeben ans Licht gebracht hätten: „Die Fachleute arbeiten tatsächlich nach Vorschriften, das Problem der Behausungen sei ihr Bau und dass sie von den Gemeinden kaum kontrolliert werden.“

Luis Fernando Olayo, Forscher am Zentrum für Urbane und Rurale Studien (Ceur) an der Universität San Carlos, erinnert an eine verdrängte Geschichte: „Es wird von Seiten der Verwaltungsleiter nicht dafür Sorgen getragen, dass die Bauvorschriften auch eingehalten werden. Da werden auf Gemeindeebene eigene Normen geschaffen, die nicht gerade streng befolgt werden.“ Der Architekt Olayo sagt, dass nur 5 % der insgesamt 334 Kommunen Regelungen für Bauten haben, die technischen Kriterien entsprechen, wie jene in der Hauptstadt, Antigua Guatemala und Quetzaltenango.

Héctor Monzón, Präsident der Agies, ergänzt, dass in den Gemeinden die Praxis nicht verbreitet wurde, Normen der strukturellen Sicherheit zu übernehmen. Wie sie etwa seine Vereinigung ausgearbeitet habe.

„Die nationalen Bauplaner arbeiten seit Jahrzehnten mit einem ethischen System, sich ständig selbst unter Druck zu setzen. Sie nehmen Kriterien auf, die sie für richtig halten, und wenden sie auf die Gebäude an, aber wie das bei den Gebäuden mit Uralt-Mauerwerk gehen soll, bleibt ein Rätsel“, sagt Monzón.

Álvarez berichtet, dass es nicht in jeder Gemeinde Techniker oder Ingenieure gibt, die Bauanträge effektiv anhand der Vorschriften bearbeiten könnten. In einigen Fällen habe es niemals Bauanträge und damit -genehmigungen gegeben. Ereignisse wie das letzte Erdbeben zeigten, dass Veränderungen in der Gesetzgebung notwendig seien.

Rubelio Recinos, Präsident der Nationalen Vereinigung der Munizips (Anam), bestätigt das: „Es gibt Gemeinden, besonders arme, die nicht die Ressourcen haben, um die Bauten technisch zu überwachen“, sagt der Bürgermeister von Barberena, Santa Rosa. Das einzige, was die Kommunen diesbezüglich täten, sei es zu überprüfen, ob die Neubauten den minimalsten Erfordernissen entsprächen. Das sei jedoch – so Recinos weiter - in den letzten Jahren aus Mangel an Ressourcen häufig vernachlässigt worden. Jede Verwaltungseinheit müsse auf einen technischen Direktor, einem Ingenieur und einem Assistent zählen können, fährt der Bürgermeister fort. Das koste etwa 30.000 Quetzales (ca. 3.000 €) im Monat. Recinos erinnerte daran, dass die Kommunen in diesem Jahr die Zuwendungen nach Dekret 14-2012 erhalten hätten, um die Baugenehmigungen übernehmen zu können.

Olayo betonte, dass überall irgendwelche Vorschriften im Bauwesen aufgestellt werden, „aber es verbleibt in den Händen jedes Munizips, diese auch umzusetzen. Daran haben sie aber kein Interesse. Daher müssen Geldzuweisungen daran gebunden werden.“

Héctor Flores, Direktor des Regionalen Controlings der Hauptstadt, erklärte, dass die Normen, die Agies vorgeschlagen hatte, seit einem Jahr in Guatemala-Stadt gelten. Und um eine Baugenehmigung zu erhalten bräuchte man die Unterschrift eines Ingenieurs oder eines Architekten. Allerdings gebe es Widerstände und mangelnde Qualität bei den Bautätigkeiten. Die Normen sind da, aber in der Praxis sehe man an der Verteilung der Baumaterialien, wie die Normen strukturell unterlaufen werden. Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass der Plan unterschrieben wird.“

### Ein Blick zurück

Im Jahre 1978 fand das erste Symposium statt, das die Bauvorschriften in Bezug auf die Erdbebensicherheit vereinheitlichen sollte. Damals hätten jedoch – so Monzón - die Dispute zwischen zwei Gruppen von US-amerikanischen wissenschaftlichen Beratern, die die Vorschriften ausarbeiten wollten, den Versuch zunichte gemacht.

Nach dem Erdbeben von 1986 in El Salvador kam es zu unser neuen diesbezüglichen Initiative, aber Veränderungen im

Ministerium für Verkehr verhinderten deren Weiterarbeit.

Anlässlich der 20. Wiederkehr des Erdbebens von 1976 gründeten ExpertInnen die Agies, die Vorschriften zur Erdbbensicherheit vorschlugen, wie es sie auch in den USA gibt. Sie wurden schliesslich auch festgeschrieben, ohne dass jedoch ernsthaft jemand dafür interessierte, so Monzón im Rückblick. Im Jahre 2000 gab es eine Aktualisierung der Bestimmungen und in der Universität San Carlos wurden begonnen, die Normen in ihren Ausbildungskursen zu nutzen. Es dauerte jedoch bis 2009, bis die Conred die Normen NRD1 und NRD2 für Infrastrukturmassnahmen übernahm. Monzón verwies noch einmal auf das geringe Interesse bei den Munizips, diese Statuten zu übernehmen.

### **Lektionen aus dem Geschehen von 1976**

Im Gegensatz zu dem Erdbeben von 1976, das drei Uhr nachts auftrat, bebte die Erde diesmal um 10.35 Uhr, was die Zahl der Opfer begrenzte, so sagen es ExpertInnen.

Monzón, der einen Dokortitel im Zivilen Ingenieurwesen hat, besuchte auf Bitten von Conred San Marcos, Quetzaltenango und Retalhuleu ein Tag nach dem Beben.

„Die Bauten sind im Allgemeinen besser als vor 30 Jahren, allerdings mit der Ausnahme, dass die Bautechnik, die für ein- oder zweistöckige Gebäude adäquat ist, für drei- oder vierstöckige angewandt wird.“

Die Bevölkerung, die 1976 nicht betroffen war, wie etwa die von San Marcos und Santa Rosa (die allerdings im vergangenen Jahr einige Beben erlebten) entwickelte wenige oder keine Veränderungen beim Hausbau. „Die grössten Probleme gebe es bei den Lehmziegelbauten, die einen grossen Prozentanteil ausmachen.“, sagte Monzón

Für die Region im Südwesten - San Marcos, Sololá, Huehuetenango und Quetzaltenango – gelte das ebenso, wobei es auch Probleme bei den gebrannten Ziegeln.

Álvarez verweist auf die oft schlechte Qualität der Ziegel in der Provinz, die zu grösseren Schäden bei den damit gebauten Häusern führe. „In San Marcos konnten wir Ziegelhäuser mit ernstesten Schäden neben ähnlichen sehen, die vollkommen intakt waren. Es ist notwendig, die Qualität dieser Blöcke zu verbessern, deren Qualität stetig zu kontrollieren.“

### **Fortbildungen sind nötig**

Zusammenfassend stellte Monzón fest, dass die die Bauten mit Verstärkungen einem Beben wirklich gut standhalten können, wobei gleichwohl deren Qualität überwacht und die Bauleiter besser geschult werden müssten.

„Die Ausbildung bedeutet nicht den Preis für die Hausbauten zu erhöhen. Im Allgemeinen ist die Arbeit der Bauleiter gut, aber sie müssten halt fortgebildet werden“, bringt er es auf den Punkt.

Auch Héctor Flores, der Controller aus der Hauptstadt, legt grossen Wert auf Fortbildung der Bauleiter, da diese verantwortlich seien für die Mehrzahl der Wohnungsbauten. Monzón schlägt eine Liste von qualifizierten Bauleitern vor, die den Gemeinden an die Hand gegeben werden könnte – allerdings bestehe die Gefahr der Politisierung.

### **¡Fijáte!**

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

### **Redaktion:**

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

### **Herausgeber:**

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

### **Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

### **Abo in der Schweiz:**

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6